

Testpflicht für Praxispersonal: Politik muss zusätzliche Belastungen sofort stoppen!

Am heutigen Mittwoch tritt eine wieder einmal realitätsferne Neufassung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in Kraft, wonach auch Arbeitgeber, Beschäftigte und Besucher in Arztpraxen einen tagesaktuellen Antigentest vorlegen müssen - unabhängig davon, ob sie geimpft oder genesen sind!

Für Patienten gilt hingegen noch nicht mal die 3G-Regel!

Das Personal in den Praxen arbeitet seit Wochen an der Belastungsgrenze, um das Testen, das Impfen und die regelhafte ambulante Patientenversorgung zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund ist es absurd und untragbar, nun auch dem geimpften Praxispersonal eine tägliche Testpflicht aufzubürden, während weiter ungeimpfte und möglicherweise infizierte Patienten ungehindert die Praxen betreten dürfen. Von dem zusätzlichen bürokratischen Aufwand, den die Dokumentation, Meldung und Kontrolle dieser praxisinternen Tests verursachen, ganz zu schweigen.

Dr. Dirk Spelmeyer, Vorsitzender des Vorstands der KVWL: „Derart unsinnige Gesetze lassen inzwischen nur noch eine Interpretation zu: Entweder agiert Herr Spahn hier aus Naivität oder aus Panik. Beides sind schlechte Berater für das professionelle Handeln eines

Bundesgesundheitsministers. Ähnlich wie bei der Impfstoffbestellung scheint das Ministerium völlig überfordert zu sein. Die ebenso unzumutbaren wie unsinnigen Belastungen treffen wieder einmal die, die sowieso schon weit über der Belastungsgrenze arbeiten.“

Nach einem Telefonat mit Herrn Spahn am gestrigen Abend informiert der Vorstand der KVWL hiermit alle Praxen:

Wir setzen uns im Schulterschluss mit der KBV und den Fachverbänden auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass diese Regelung gestrichen wird!

Es muss reichen, dass die Praxismitarbeiter geimpft oder genesen sind!

Wir haben unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: Sollte die verschärfte Testpflicht für das Praxispersonal fortbestehen, befürchtet der Vorstand der KVWL, dass sich weitere Praxen entnervt aus dem Impf- und Testgeschehen zurückziehen und möglicherweise sogar ihren gesamten Versorgungsauftrag zurückgeben!

Die Politik muss handeln! Jetzt!